

Wien, 21. Juli 2022

Sperrfrist: 21. Juli 2022, 10:00 Uhr

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2022–2026

Verhaltenes Wachstum im Schatten von Energiewende und Inflation

Die hohe Inflation und die Verwerfungen in Folge des Kriegs gegen die Ukraine bremsen den wirtschaftlichen Aufholprozess nach der Coronakrise. Für den Prognosezeitraum 2022 bis 2026 erwartet das Institut eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts von durchschnittlich $1\frac{3}{4}\%$ pro Jahr. Getrieben von den Energiepreisen klettert die Inflation im Durchschnitt des laufenden Jahres voraussichtlich auf $7\frac{1}{2}\%$. In den kommenden Jahren sollte der Preisdruck spürbar nachlassen, sodass die Inflationsrate bis zum Jahr 2026 auf $2\frac{1}{4}\%$ zurückgehen könnte. Die Arbeitslosenquote dürfte im gesamten Prognosezeitraum $6\frac{1}{4}\%$ betragen. Nachdem sich die Wirtschaftspolitik in den letzten Jahren auf die unmittelbare Krisenbewältigung konzentrieren musste, sollte sie sich nunmehr wieder der Kräftigung des Potenzialwachstum der Volkswirtschaft und der Unterstützung der Energiewende widmen.

Die hohe Inflation und die Verwerfungen als Folge des Kriegs gegen die Ukraine, etwa in den globalen Lieferketten, bremsen den Aufholprozess der heimischen Wirtschaft nach der Coronakrise. Das Institut erwartet für den Zeitraum 2022 bis 2026 eine durchschnittliche jährliche Wachstumsrate von 1,8 %, nach 0,8 % in den vergangenen fünf Jahren mit dem coronabedingten Einbruch im Jahr 2020. Die vorliegende Vorausschau basiert auf der Sommer-Prognose des Instituts für die Jahre 2022 und 2023 und erweitert den Prognosehorizont bis zum Jahr 2026. Ausgehend von 3,8 % im laufenden Jahr dürfte die Wirtschaft auf einen verhaltenen Wachstumskurs einschwenken, wobei für die Jahre 2023 bis 2026 Zuwächse von 1,4 %, 1,3 %, 1,1 % und 1,2 % erwartet werden. Damit sollte die Wirtschaftsleistung über den gesamten Prognosezeitraum betrachtet mit demselben Tempo wie im Euroraum zulegen.

Für die Mittelfristprognose bildet das Produktionspotenzial, also die bei Normalauslastung der Produktionsfaktoren erreichbare gesamtwirtschaftliche Produktion, einen Anker. Das Institut schätzt, dass die Corona-Pandemie und der Krieg gegen die Ukraine das Wachstum des österreichischen Produktionspotenzials nicht nachhaltig beeinträchtigt haben. Wegen des vorübergehend geringeren Wachstums ist das Niveau aber niedriger, als es ohne die Krisen zu erwarten gewesen wäre. Nach den

Schätzungen des Instituts wird der Wachstumsbeitrag des Arbeitsvolumens aufgrund der demografischen Entwicklung tendenziell abnehmen, auch wenn die strukturelle Arbeitslosenquote weiterhin sinken dürfte. Der Beitrag des technischen Fortschritts dürfte mittelfristig leicht zunehmen, und der Kapitalstock sollte, trotz einer vorübergehenden Investitionsschwäche im laufenden und im kommenden Jahr, mittelfristig weiter steigen. Alles in allem schätzt das Institut, dass das Produktionspotenzial im Durchschnitt der Jahre 2022 bis 2026 um $1\frac{1}{4}\%$ pro Jahr steigen wird. Nach einer starken Unterauslastung der Produktionskapazitäten im Coronajahr 2020 dürften die Kapazitäten in den Jahren 2022 und 2023 leicht überausgelastet sein. Am Ende des Prognosezeitraums sollte die Produktionslücke geschlossen sein.

Die internationalen Rahmenbedingungen werden wie folgt eingeschätzt. Aktuell belasten die hohe Inflation und der Krieg gegen die Ukraine die Wirtschaftsentwicklung. Für den Prognosezeitraum wird ein durchschnittliches Wachstum der Weltwirtschaft von $2\frac{3}{4}\%$ pro Jahr erwartet. Die Volkswirtschaften der USA und des Euroraums dürften dabei um durchschnittlich $1\frac{3}{4}\%$ jährlich expandieren.

Der private Konsum in Österreich wird im Prognosezeitraum voraussichtlich um durchschnittlich 2% pro Jahr zulegen. Während die hohe Inflation die Entwicklung der Realeinkommen dämpft, sollten die Einkommensdynamik und die steuerlichen Entlastungen belebend wirken. Ausgehend von den sehr hohen Werten in der Coronakrise, dürfte die Sparquote wieder auf normale Werte von $7\frac{1}{2}\%$ fallen. Insgesamt gesehen wird der private Konsum damit wieder eine wesentliche Konjunkturstütze.

Nach $2\frac{1}{2}\%$ Wachstum pro Jahr in den vergangenen fünf Jahren werden die Anlageinvestitionen im Prognosezeitraum voraussichtlich nur noch um $1\frac{1}{4}\%$ jährlich zulegen. Im laufenden Jahr drücken die Abschwächung der internationalen Konjunktur und die hohen Unsicherheiten auf die Investitionen. Ausgehend von der Stagnation im laufenden Jahr, sollte sich die Investitionstätigkeit in den folgenden Jahren zwar wieder erhöhen, aber aufgrund der verhaltenen mittelfristigen Wachstumsaussichten sowie der steigenden Finanzierungskosten nur eine mäßige Dynamik entfalten. Insgesamt werden die Ausrüstungsinvestitionen mit $1\frac{1}{2}\%$ pro Jahr wohl etwas stärker als die Bauinvestitionen (1%) expandieren.

In Einklang mit der Weltwirtschaft dürfte auch der globale Warenhandel im Prognosezeitraum um durchschnittlich 3% ansteigen. Entsprechend sollten auch die heimischen Exportmärkte um 3% ausgeweitet werden. Laut Prognose werden die Exporte laut VGR um knapp 4% zulegen. Während die Warenexporte im selben Tempo wie die Exportmärkte steigen sollten, profitieren die Reiseverkehrsexporte von der Aufhebung der coronabedingten Einschränkungen. Mit einem durchschnittlichen Wachstum von $3\frac{1}{4}\%$ werden die Importe laut VGR etwas schwächer als die Exporte zulegen, sodass von der Außenwirtschaft ein leicht positiver Wachstumsbeitrag ausgeht.

Beträchtlicher Revisionsbedarf besteht bei der Inflationsprognose. Getrieben von den Energiepreisen ist die Inflation, gemessen am Verbraucherpreisindex, zu Mitte des laufenden Jahres bereits auf rund $8\frac{3}{4}\%$ angestiegen. Seit Jahresbeginn hat der starke Preisauftrieb auch auf Lebensmittel und Industriegüter übergreifen. In den kommenden Monaten dürfte der Preisdruck nur geringfügig nachlassen, sodass für den Jahresdurchschnitt 2022 ein Wert von knapp $7\frac{1}{2}\%$ erwartet wird. Im kommenden Jahr sollten von den Rohölpreisen keine preistreibenden Impulse mehr ausgehen, und die globale Lieferkettenproblematik dürfte sich etwas entspannen. Allerdings werden Zweitrundeneffekte und steigende Lohnstückkosten dazu führen, dass die Inflationsrate mit voraussichtlich $4\frac{3}{4}\%$ hoch bleibt. Mit einer Stabilisierung der Energiepreise auf hohem Niveau und vor dem Hintergrund der moderaten Konjunktorentwicklung dürfte der Preisdruck im weiteren Prognosezeitraum stetig nachlassen und die Inflationsrate bis zum Jahr 2026 auf $2\frac{1}{2}\%$ zurückgehen. Für den gesamten Prognosezeitraum ergibt sich somit eine durchschnittliche Inflationsrate von 4% .

Der Arbeitsmarkt hat sich deutlich besser von der Coronakrise erholt als noch vor einem Jahr erwartet. Mit der kräftig gestiegenen wirtschaftlichen Aktivität expandierte die Beschäftigungsnachfrage stark und die Arbeitslosenquote ist unter das Vorkrisenniveau gefallen. Aufgrund der konjunkturellen Abschwächung und der demografischen Entwicklung dürfte sich die Beschäftigungsdynamik ab dem kommenden Jahr merklich verlangsamen, sodass für den gesamten Prognosezeitraum eine durchschnittliche Beschäftigungsausweitung um gut 1% erwartet wird. Die Arbeitslosenquote sollte somit knapp $6\frac{1}{4}\%$ betragen.

Im Vergleich zu den vergangenen fünf Jahren dürfte sich die Lage der öffentlichen Haushalte im Prognosezeitraum verbessern. Dies wird durch die Erholung der Konjunktur und den Wegfall der Coronahilfen ermöglicht; hingegen wirken diskretionäre wirtschaftspolitische Maßnahmen, insbesondere zur Milderung der Teuerungsfolgen, sowie die Abschaffung der kalten Progression defiziterhöhend. Für das laufende Jahr erwartet das Institut ein Defizit von $3,8\%$ des BIP. Im kommenden Jahr dürfte das Defizit auf $1,9\%$ des BIP zurückgehen. Unter der Annahme der Rückführung der diskretionären Maßnahmen und einer strikten Ausgabendisziplin sollte das Defizit bis zum Ende des Prognosezeitraums auf $0,5\%$ sinken. Nachdem die Wirtschaftspolitik in den letzten Jahren auf die unmittelbare Krisenbewältigung konzentriert war, sollte sie sich nunmehr wieder der Stärkung des Potenzialwachstums der Volkswirtschaft und der Unterstützung der Energiewende widmen und somit die Widerstandskraft gegenüber künftigen Krisen stärken. Wie immer wieder angemerkt, wäre es aus Sicht des Instituts wünschenswert, produktivitätserhöhenden Bereichen, wie Bildung, Digitalisierung und Forschung, höhere Priorität einzuräumen. Eine umfassende wirtschaftspolitische Strategie könnte Wachstumspotenziale heben. Durch wiederholt angemahnte Strukturreformen sollte dabei die Kostendynamik in den Bereichen Föderalismus, Gesundheitsversorgung, Pflege und Pensionen gebremst werden.

Diese mittelfristige Prognose ist mit beträchtlichen Abwärtsrisiken behaftet. So ist die Corona-Pandemie bei Weitem nicht überwunden. Das Auftreten neuer Virusvarianten, die ebenso infektiös sind wie die Omikron-Variante und zudem den Impfschutz umgehen und sehr pathogen sind, würde auch in den kommenden Jahren Infektionsschutzmaßnahmen erfordern und damit das Wachstum dämpfen. Beträchtliche Risiken gehen auch von dauerhaft höheren Energie- und Rohstoffpreisen aus. So könnte die Neuausrichtung der Produktionsstruktur mittelfristig das Wachstum verringern. Eine lang andauernde Hochinflationsphase würde die Kaufkraft der Haushalte schmälern und könnte eine Lohn-Preis-Spirale auslösen. Ein markanter Anstieg der mittelfristigen Inflationserwartungen würde eine stärkere Straffung der Geldpolitik erforderlich machen.

Gegenwärtig geht aber das größte Risiko von den Verwerfungen als Folge des Kriegs gegen die Ukraine aus. Ein russischer Gaslieferstopp hätte gravierende negative Folgen für die österreichische Wirtschaft. Wie hoch der Rückgang des Gesamtangebots an Erdgas sein würde, lässt sich im Moment kaum abschätzen und hängt unter anderem davon ab, wann und in welchem Umfang der Lieferstopp eintritt und in welcher Weise das zur Verfügung stehende Gas in der EU verteilt und gehandelt wird. Die Modellrechnungen im Sonderkapitel gehen von der Annahme aus, dass im Zeitraum Herbst 2022 bis Sommer 2023 27 % des gesamten Erdgasverbrauchs eingespart werden müssen, was zu einer Reduktion des BIP um 3 % führen würde. Wichtig ist dabei insbesondere, wieviel Gas in den gasintensiven Wirtschaftsbereichen eingespart werden muss. Einsparungen bei den Haushalten und in der Stromerzeugung erhöhen die verfügbare Gasmenge für die Industrie und stützen damit das BIP. Dieser Rechnung liegt die Annahme zugrunde, dass das vorhandene Gas über einen Preismechanismus effizient auf die Wirtschaftssektoren aufgeteilt wird. Eine effiziente Allokation über Marktmechanismen zu ermöglichen, ist das oberste Gebot für die Wirtschaftspolitik. Um die aufgrund der Energiepreisexplosion notleidenden Haushalte und Unternehmen unterstützen zu können, sollte der Staat Gas auf Vorrat einkaufen, sodass bei einer weiteren Erhöhung der europäischen Gaspreise fiskalische Gewinne generiert werden können.

Tabelle 1: Wichtige Prognoseergebnisse
Durchschnittliche jährliche Veränderung in Prozent

	2012–2016	2017–2021	2022–2026
Bruttoinlandsprodukt, real	0,9	0,8	1,8
Privater Konsum, real	0,6	-0,3	2,0
Bruttoinvestitionen, real	1,4	2,5	1,0
Bruttoanlageinvestitionen, real	1,7	2,4	1,3
Ausrüstungsinvestitionen, real	3,1	2,5	1,5
Bauinvestitionen, real	0,2	2,4	1,1
Inlandsnachfrage, real	0,9	1,0	1,4
Exporte i. w. S., real	2,2	3,0	3,9
Waren, real (laut VGR)	1,8	4,4	3,0
Reiseverkehr, real (laut VGR)	1,6	-15,5	20,9
Importe i. w. S., real	2,4	3,7	3,3
Waren, real (laut VGR)	1,6	3,8	3,2
Reiseverkehr, real (laut VGR)	0,5	-5,0	10,5
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	1,1	1,3	1,1
Arbeitslosenquote: Nationale Definition ⁱ	8,2	8,3	6,2
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition ⁱ	5,9	5,7	4,5
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	2,3	2,3	4,1
Preisindex des BIP	2,0	1,6	3,2
Verbraucherpreisindex	1,6	2,0	4,0
Budgetsaldo Maastricht in % des BIP ⁱ	-1,9	-2,8	-1,7
3-Monats-Euribor ⁱ	0,1	-0,4	1,9
10-Jahres-Rendite österreichischer Staatsanleihen ⁱ	1,4	0,2	2,7

ⁱabsolute Werte

Quellen: Statistik Austria, Refinitiv Datastream, ab 2022 Prognose des IHS

Tabelle 2: Internationale Rahmenbedingungen
Durchschnittliche jährliche Veränderung in Prozent

	2017–2021	2022–2026
BIP, real		
Deutschland	0,6	1,6
Italien	0,0	1,5
Frankreich	0,9	1,6
Vereinigtes Königreich	0,6	1,7
Schweiz	1,4	1,8
USA	1,9	1,8
Japan	-0,2	1,2
China	6,0	4,7
Polen	3,7	3,4
Slowakei	1,5	3,1
Tschechien	1,7	2,5
Ungarn	3,3	3,3
Slowenien	3,2	3,2
MOEL-5 ⁱ	3,0	3,2
Bulgarien	1,8	2,8
Rumänien	3,6	3,6
Kroatien	2,2	3,2
Russland	1,7	-1,8
Euroraum	0,9	1,7
NMS-6 ⁱⁱ	3,1	3,2
EU-27	1,2	1,9
OECD	1,5	1,9
Welt	2,6	2,8
Welthandel (Waren laut CPB)	2,5	3,0
Österreichische Exportmärkte	2,5	3,1
USD/EUR-Wechselkurs ⁱⁱⁱ	1,15	1,08
Rohölpreis ⁱⁱⁱ	60,4	91,6

ⁱMOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien

ⁱⁱNMS-6: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Kroatien

ⁱⁱⁱabsolute Werte

Quellen: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, Refinitiv Datastream, ab 2022 Prognose des IHS

Rückfragehinweise

2022 Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS)

Josefstädter Straße 39, A-1080 Wien

T +43 1 59991-0

F +43 1 59991-555

www.ihs.ac.at

ZVR: 066207973

Kontakt

Klaus Neusser

T +43 1 59991-125

E neusser@ihs.ac.at

Helmut Hofer

T +43 1 59991-251

E hofer@ihs.ac.at

Klaus Weyerstraß

T +43 1 59991-233

E klaus.weyerstrass@ihs.ac.at

Melanie Gadringer (Pressesprecherin)

T +43 1 59991-212

E gadringer@ihs.ac.at